

Werner Holly
Politikersprache

Werner Holly

Politikersprache

Inszenierungen und Rollenkonflikte
im informellen Sprachhandeln
eines Bundestagsabgeordneten



Walter de Gruyter · Berlin · New York
1990

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Holly, Werner:

Politikersprache : Inszenierungen und Rollenkonflikte im informellen Sprachhandeln eines Bundestagsabgeordneten / Werner

Holly. — Berlin ; New York : de Gruyter, 1990

Zugl.: Trier, Univ., Habil.-Schr., 1988

ISBN 3-11-012307-X

© Copyright 1990 by Walter de Gruyter & Co., D-1000 Berlin 30

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Germany

Satz und Druck: A. Collignon, Berlin 30

Buchbinderische Verarbeitung: Lüderitz & Bauer, Berlin 61

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	IX
I. Voraussetzungen	1
1. Gegenstand	3
1.1. Grundsätzliches: Sprache und Politik	4
1.1.1. Politikauffassungen: ideale und reale	5
1.1.2. Sprachauffassungen: kommunikative und funktionale	10
1.1.3. Entsprechungen und Widersprüche, Diskussion und Propaganda	13
1.1.4. Erweiterungen und Totalisierungen: Panlinguismus und Panpolitismus	19
1.2. Differenzierungen: Sprache in der Politik	29
1.3. Eingrenzungen: Politikersprache	39
2. Problem	45
2.1. Parlamentarisch-politische Subkultur und Sprachkompetenz	45
2.2. Aufgabenvielfalt und Rollenvielfalt; Spannungen und typische Lösungsverfahren	49
2.3. Doppelung und Inszenierung	54
3. Methode	60
3.1. Interpretative Verfahren	60
3.2. Handlungsorientierte Beschreibungen	70
3.2.1. Handlungen oder Phänomene der dritten Art?	71
3.2.2. Handlungsbegriff	73
3.2.3. Institutionsbegriff und institutionelle Kommunikation	80
3.3. Textanalyse-Modell	85

3.3.1.	Wörter/Begriffe oder Texte?	85
3.3.2.	Textstruktur – Textfunktion; Illokution – Proposition	88
3.3.3.	Aufgabenfelder und ihre Integration im Handlungskomplex	93
3.3.4.	Stilmuster	103
3.4.	Dokumentation, Material, Transkription	106
II. Untersuchungen		113
4.	Informelles Sprachhandeln des Abgeordneten und Parlamentsfunktionen	115
5.	Externe Funktionen: Der Abgeordnete als „Transmissionsriemen“	128
5.1.	Interessenartikulation und Eigenwerbung	128
5.1.1.	Interessen aufnehmen	131
5.1.1.1.	Partnerorientierung: Hörerrolle, Empathie, INTERESSIERTE FRAGEN	133
5.1.1.2.	Kompetenznachweise: ARGUMENTIEREN, STRUKTURIEREN, VORSCHLAGEN	138
5.1.2.	Eigenwerbung	144
5.1.2.1.	Vertrauensbildung: Stilwechsel, SOLIDARISIEREN	145
5.1.2.2.	Bindungen schaffen: Ergebnisorientierung, ANBIETEN	151
5.2.	Öffentlichkeitsfunktion und Parteiwerbung	156
5.2.1.	INFORMIEREN und LEHREN	159
5.2.1.1.	Adressatenspezifik: Wortwahl und Prädikationsstruktur	167
5.2.1.2.	SITUIEREN, ANALOGISIEREN, EXEMPLIFIZIEREN, SIMPLIFIZIEREN, DIFFERENZIEREN	176
5.2.1.3.	Pseudoinformation	183
5.2.2.	Werbungsmuster	187
5.2.2.1.	Themenbehandlung; WAHLWERBUNG durch ABGRENZUNG	189
5.2.2.2.	ARGUMENTIEREN und BESCHWICHTIGEN	195
5.2.2.3.	MOBILISIEREN durch Pathos	198
5.2.2.4.	Subtiles LEGITIMIEREN und WERBEN	201

6. Interne Funktionen: Der Abgeordnete als Teil der Institution	209
6.1. Richtungsbestimmung und Orientierungssuche: „Die Kriegsdienstverweigerungsnovelle“	210
6.1.1. SONDIERUNGEN und SPEKULATIONEN	211
6.1.2. ABSPRACHEN und RECHTFERTIGUNGEN	219
6.2. Detailarbeit und Profilierung	226
6.2.1. Kommunikation nach „oben“: INFORMATIONSBE- SCHAFFUNG	228
6.2.2. Interne Beziehungsarbeit: PARTNERBESTÄTIGUNG und SELBSTDARSTELLUNG	236
7. Potentielle Rollenkonflikte und ihre Vermeidung: Sprache als Kompromiß	243
7.1. Konfliktverwischung durch ARGUMENTIEREN: „Kriegsdienstverweigerung“ im Wahlkreis	246
7.2. Ein taktvolles WENDEmanöver im Umgang mit einem „Stammtischpolitiker“: ‚Mustermischung‘ zur IMAGESCHONUNG	251
7.3. Konfliktbewältigung in der Darstellung durch IKONI- SIERUNG: adversative, restriktive und konzessive RE- LATIONIERUNG	255
7.4. „Offenlegung“ eines vermeintlichen Rollenkonflikts: ARGUMENTATIVE ÜBERHÖHUNG zur MOBILISIE- RUNG	259
8. Zusammenfassung und Schlußbemerkung	266
Textauswahl	275
T 1 „Bauernverband“	277
T 3 „SPD-Ortsverein“	281
T 4 „DGB-Ortskartell“	311
T 5 „Besuchergruppe“	328
Literaturverzeichnis	365
Sachregister	388

Vorbemerkung

„Ich bin doch nur das Echo“ war die Überschrift einer informativen Reportage über einen Hinterbänkler des Bonner Bundestages (Leinemann 1983). Sicherlich auch deshalb geben die Medien im allgemeinen nur wieder, was prominente Politiker äußern, und wissenschaftliche Untersuchungen, soweit sie nicht ohnehin von einzelnen Akteuren abstrahieren, beschäftigen sich wiederum mit den Medienäußerungen dieser Prominenten.

In dieser Arbeit wird untersucht, was und vor allem wie ein „durchschnittlicher“, nicht-prominenter Bundestagsabgeordneter sprachlich handelt. Die Untersuchung bearbeitet Tonbandmaterial¹, aus dem Alltag dieses Abgeordneten, sowohl aus Bonn als auch aus seinem Wahlkreis. Obwohl damit nur ein kleiner Ausschnitt aus seiner Tätigkeit (und dieser nur in Ausschnitten) „lesbar“ und hoffentlich „durchsichtig“ wird und obwohl damit nur ein noch schmalerer Ausschnitt des parlamentarisch-politischen Alltags in den Blick kommt, erschien es doch von Interesse, danach zu fragen, was ein Abgeordneter eigentlich wirklich tut, wenn er spricht. Welches sind die Muster, die er zur Verfügung hat, um seine vielfältigen und sehr unterschiedlichen Aufgaben im politischen Alltag sprachlich zu bewältigen.

Zunächst aber wird dieser „Gegenstand“, das informelle Sprachhandeln eines Abgeordneten, gewissermaßen eingekreist (Kap. 1). Nach grundsätzlichen Überlegungen zum Verhältnis von Sprache und Politik (1.1.), wie es öfter in sprachkritischer und ideologiekritischer Perspektive thematisiert wird, werden Typologien politischer Sprache diskutiert (1.2.), bevor der eigentliche Untersuchungsgegenstand näher abgegrenzt wird (1.3.).

Im 2. Kapitel wird das „Problem“ kurz umrissen: die Sprachkompetenz des Abgeordneten, soweit sie Ausfluß der parlamentarisch-politischen Subkultur ist (2.1.). Kennzeichnend für die „Rolle“ des Abgeordneten ist ihre Vielgestaltigkeit und ihr Konfliktpotential (2.2.); sie

¹ Teile sind im Anhang in Transkription wiedergegeben.

bringt – wie alle politischen Phänomene – Inszenierungen hervor, so die These des amerikanischen Politologen Murray Edelman (2.3.).

Danach wird im 3. Kapitel erläutert und begründet, warum zur Auswertung ein interpretatives Vorgehen notwendig erscheint (3.1.), und es werden die zentralen Begriffe ‚Handlung‘ und ‚Institution‘ erläutert. Zum interpretativen Verfahren werden auch einige Hinweise auf das zugrundegelegte Textanalyse-Modell gegeben (3.3.); Anmerkungen zur Dokumentation, zum Material und dessen Transkription schließen den I. Teil ab.

Der II. Teil beginnt mit einer kritischen Betrachtung traditioneller Kataloge von Parlamentsfunktionen, im Hinblick auf deren Verwendbarkeit für die Beschreibung sprachlichen Handelns eines einzelnen Abgeordneten (Kap. 4). Danach werden die weiteren Untersuchungen zunächst in zwei Abschnitten vorgenommen: externe Funktionen (Kap. 5) und interne Funktionen (Kap. 6), wobei das Schwergewicht auf ersteren liegt, nämlich auf Interessenartikulation und Öffentlichkeitsfunktion. Diese müssen aber im Zusammenhang mit Eigenwerbung und Parteiwerbung behandelt werden; die These Edelmans besagt ja gerade, daß Inszenierungen offizieller Muster letztlich der Werbung und Legitimation dienen.

Dies wird im einzelnen an einem Gespräch mit Interessenvertretern betrachtet, wo Muster der Interessenartikulation allmählich durch Werbungsmuster überlagert werden (5.1.). Im zweiten Teil des 5. Kapitels geht es dann um Informationen und Belehrungen und um die besondere Leistung eines Abgeordneten innerhalb dieser Aufgaben der Politikvermittlung und wiederum um ihre Verquickung mit Werbungsmustern (5.3.).

Die (kürzere) Untersuchung sprachlichen Handelns im Rahmen interner Funktionen des Parlaments (Kap. 6) beschränkt sich auf zwei Gesichtspunkte: die sprachliche Bewältigung einer umstrittenen Abstimmungssituation, in der der Abgeordnete zum „Abweichler“ wird. Was tut er sprachlich, um diesen „klassischen“ Konflikt zwischen Fraktionsdisziplin und Unabhängigkeit zu bestehen? Zum andern geht es – an wenigen, unspektakulären Beispielen – um sprachliche Probleme angesichts von Spezialisierung und der Notwendigkeit zur Profilierung: wie beschafft er sich relevante Informationen und wie bewerkstelligt er interne Beziehungsarbeit zur Förderung seiner Karriere.

Im abschließenden 7. Kapitel werden noch einmal Auswirkungen von Rollenkonflikten auf das sprachliche Handeln des Abgeordneten untersucht. An den vier herangezogenen Fällen (einer davon betrifft eine Fraktionsreferentin, nicht den Abgeordneten selbst), wird gezeigt, wie sich Rollenkonflikte in merkwürdig widersprüchlichen Argumentationen bzw. in stilistischen Abbildungen von Perspektivwechseln niederschlagen; schließlich wird der Fall der „Offenlegung“ eines Rollenkonflikts untersucht, der sich allerdings als Manöver zur Mobilisierung für Wahlkampfzwecke entpuppt.

Auch wenn die Beschreibungen einer Einzelfallstudie keinerlei Repräsentativität beanspruchen können, geben sie doch Beispiele für typisches politisches Sprachhandeln, wie es auch interessierte Politiklaien „irgendwie“ schon kennen, ohne es im Detail immer zu durchschauen. Es soll zugleich ein Bild davon entworfen werden, welche Anforderungen ein „durchschnittlicher“ Abgeordneter sprachlich zu bewältigen hat und welche Rolle dabei sprachliche Inszenierungen spielen. Es mag zwar zutreffen, daß ein Hinterbänkler häufig „nur das Echo“ ist, er ist aber ganz sicherlich in vielen Situationen noch vieles mehr.

Die Arbeit hat in einer früheren Fassung dem Fachbereich Sprach- und Literaturwissenschaften der Universität Trier als Habilitationsschrift vorgelegen. Für Kritik und Hinweise habe ich den Gutachtern zu danken, Prof. Hans Peter Althaus, Prof. Peter Haungs und Prof. Wolfgang Kühlwein, vor allem aber Prof. Barbara Sandig und Prof. Peter v. Polenz, die mich über Jahre vielfach unterstützt und gefördert haben. Meinen Trierer Kollegen Ulrich Püschel und Peter Kühn danke ich für lange freundschaftliche Zusammenarbeit und Diskussion, die mir auch für diese Arbeit hilfreich war. Bei der Herstellung des Manuskripts haben mir geholfen: Marlene Faber, Dorothea Heinz, Irmgard Hille, Elsbeth Schirra und Sonja Ruda, die auch das Register erstellt hat; beim Transkribieren half Eva Wessela. Mein besonderer Dank gilt zwei Menschen: dem Abgeordneten, ohne dessen großzügige, unkomplizierte Mitarbeit nichts zu untersuchen gewesen wäre; und meiner Frau, für so vieles.

Heidelberg, im Juli 1990

W.H.

I. Voraussetzungen

1. Gegenstand

Sprache und Politik, dafür gibt es vielerlei Zuständigkeiten. Politiker, Publizisten, Wissenschaftler, Lehrer, Sprachfreunde, Bürger, eigentlich jeder Interessierte hat damit zu tun, ist also zuständig oder zumindest beteiligt, denn jeder lebt in politischen Zusammenhängen, spricht, schreibt, hört und liest dabei. Entsprechend vielfältig sind die veröffentlichten Ansichten. Der Sprachwissenschaftler hat Mühe, das Chaos zu ordnen, geschweige denn einen Claim abzustecken. Selbst wenn er keinen Zuständigkeitsbereich für sich allein reklamieren, sondern nur „einen Beitrag leisten“ möchte, hat er es nicht leicht. Er kann ja nicht so tun, als träte er ein in eine überschaubare, jedenfalls fachbezogene Diskussion, wie er ihn auf anderen Gebieten der Linguistik vorfindet: Syntax, Wortbildung, Dialekt, Sprachkontakt, Spracherwerb – aber spätestens da gibt es auch schon wieder Kompetenzstreitigkeiten. Erst recht beim Globalthema Sprache und Politik. Der Versuch eines vollständigen Überblicks über die Literatur verbietet sich schon aus Hilflosigkeit angesichts der Offenheit und Breite der Diskussion. Aber die Bestimmung des eigenen Standpunkts ist umso unerlässlicher, will man sich im Chaos nicht verlieren. Nur als Orientierung verstehe ich also die folgenden Bemühungen, den Gegenstand dieser Untersuchung zu umreißen, ohne den Anspruch zu erheben, mehr als nur einen Anfang zu machen. Ich möchte damit beginnen, das Verhältnis von Sprache und Politik „von ganz oben“ zu überdenken, gewissermaßen aus dem Blickwinkel der Festtagsreden. Dabei wird in einem ersten Anlauf so getan, als seien ‚Sprache‘ und ‚Politik‘ nicht sehr heterogene und hochkomplexe Erscheinungen, die man nur sehr differenziert zueinander in Beziehung setzen kann; stattdessen werden sie pauschal als einfache Gegenstände hypostasiert. Dies hat den Vorteil, daß man zu grundsätzlichen Positionen kommt, und es mag so lange erlaubt sein, wie man sich der (vorläufigen) Simplifizierung bewußt bleibt.

1.1. Grundsätzliches: Sprache und Politik

Sprache und Politik gehören zusammen, soviel scheint klar. Sprache ist die Voraussetzung dafür, daß politische Gemeinwesen oder Herrschaftsverhältnisse entstehen und aufrechterhalten werden können. Aber inwieweit politisches Handeln im sprachlichen Handeln aufgeht und umgekehrt, welchen Stellenwert Sprache in der Politik hat, darüber gibt es zunächst verschiedene Ansichten. Am einen Extrempol liegt die Auffassung, daß alles politische Handeln sprachliches Handeln ist. Dieckmann (²1975, 29) formuliert diese Position sehr lapidar so: „Wo Politik sprachlos wird, hört Politik auf.“² Die andere Position sieht das Wirken mit Sprache, den „Kampf ums Heißen“ nur als einen „Spezialfall politischen Handelns“ (Lübbe 1979, 73); sie betont eher die nicht-sprachlichen Faktoren in der Politik, ohne allerdings die Funktion der Sprache zu leugnen, die gewissermaßen als „Gewalter-satz“ beschrieben werden kann.³ Die Rolle der Sprache sei aber „subsidiär“ angesichts der „Prädominanz der Handlungsdimension“ (Bergsdorf 1985, 187) im Bereich der Politik.

Beide Positionen werden zahlreich vertreten in Wissenschaft, Politik, Öffentlichkeit und Lehre, besonders in Form von politischer Sprachkritik; sprachkritische Tendenzen, die ich in diesem Abschnitt nachzeichnen möchte, sind in sehr vielen Arbeiten zum Thema Sprache und Politik enthalten (dazu zuletzt Schmich 1987; zusammenfassend der

² Als Beleg für diese Position führt Dieckmann (²1975, 29) Sternberger an, der die Ansicht diskutiert und schließlich bejaht, daß „das Handeln eben so lange politisches Handeln sei als es sprechendes Handeln bleibe“ (1966, 89). Ein wenig anders die Definition von Frese (1972, 105); nach seiner Auffassung „ist *Politik Kampf ums Recht im Raum der Sprache*“.

³ Bergsdorf wendet sich explizit gegen das „auf Sprache zurückgenommene Verständnis von Politik“ (1983, 293; Anm. 2) und faßt Sprache als Möglichkeit zum „Gewaltverzicht“ auf: „Sobald und solange die Sprache als Medium der politischen Auseinandersetzung angenommen ist, besteht die Chance, auf andere Mittel wie zum Beispiel Gewalt zu verzichten.“ (1983, 27). Ähnlich Bergsdorf (1985, 188): „Die politische Sprache fungiert als Handlungsleitsystem so lange, wie Politik nicht ersetzt wird durch Anpassung an sogenannte Sachzwänge oder aber zu Mitteln der Gewalt greift.“ – Es ist allerdings fraglich, ob Lübbe letztlich die Rolle der Sprache in der Politik wie Bergsdorf gewichten würde. Lübbe (1982, 53) spricht jedenfalls davon, daß „im Zusammenhang der modernen Gesellschaft Politik in wachsendem Maß Handeln durch sprachliche Mittel geworden ist.“

Sammelband von Heringer 1982, besonders Heringer 1982a und Wimmer 1982, außerdem Wimmer 1983 und 1985a). Sie sind häufig widersprüchlich, oft unklar und nicht immer sprachwissenschaftlich fundiert. Deshalb sollen sie zunächst auf dem Hintergrund einiger begrifflicher Klärungen überprüft werden. Dabei gehe ich also von den beiden schon angedeuteten Positionen aus:

1. Sprachlichkeit wird postuliert als Kriterium für politisches Handeln; 2. Sprache gilt als subsidiär für politisches Handeln. Beide Auffassungen gehen zurück auf – zumindest teilweise – unterschiedliche Begriffe sowohl von Politik als auch von Sprache, die im folgenden kurz als gegensätzliche Typen skizziert werden sollen.

1.1.1. Politikauffassungen: ideale und reale

Hier kann nicht auf die vielfältige Bedeutung und schwierige Bedeutungsgeschichte des Begriffs ‚Politik‘ eingegangen werden.⁴ Für unseren Zusammenhang soll der Verweis auf zwei große Traditionsstränge des Politikbegriffs – einen aristotelischen und einen machiavellistischen – genügen, da diese Traditionen auch mit den beiden beschriebenen Auffassungen von der Rolle der Sprache in der Politik zusammenhängen. Die aristotelische Tradition ist auf einen „Idealbegriff im Sinne der Moralphilosophie“ (Sellin 1978, 814) gegründet: politisches Handeln ist zugleich ethisches Handeln. Dies mag ein Blick auf den ersten Absatz der „Politik“ des Aristoteles (hg. v. Olof Gigon³1978, 47) veranschaulichen:

I. Da wir sehen, daß jeder Staat eine Gemeinschaft ist und jede Gemeinschaft um eines Gutes willen besteht (denn alle Wesen tun alles um dessentwillen, was sie für gut halten), so ist es klar, daß zwar alle Gemeinschaften auf irgendein Gut zielen, am meisten aber und auf das unter allen bedeutendste Gut jene, die von allen Gemeinschaften die bedeutendste ist und alle übrigen in sich umschließt. Diese ist der sogenannte Staat und die staatliche Gemeinschaft.

Bei Aristoteles sind die Schlüsselwörter: Staat, Gemeinschaft, Gut, und sie deuten auf ein übergeordnetes moralisches Ziel, nämlich das gute und gerechte Leben. Ein Vergleich mit dem Beginn desjenigen

⁴ S. dazu den ausführlichen Artikel von Sellin (1978); ebenso das erste Kapitel in Sternberger (1978); zur Geschichte des Ausdrucks *politisch* auch Eichinger (1984).

Werkes, das den zweiten Traditionsstrang begründet – Machiavellis „Principe“ – führt rasch auf die wesentlichen Unterschiede. Machiavelli geht es um Herrschaft, Gewalt über Menschen, um Regierung und Behauptung von Regierung in Fürstentümern. Im „Principe“ heißt es in den ersten Sätzen der beiden ersten Kapitel:

Alle Staaten, alle Gewalten, die Macht über Menschen gehabt haben, sind entweder Freistaaten oder Alleinherrschaften. Die Alleinherrschaften sind entweder erblich [...] oder sie sind neu erworben [...] Ich wende mich ausschließlich den Alleinherrschaften zu und werde in der oben gegebenen Anordnung ausführen, wie diese regiert und behauptet werden können. (Machiavelli, hg. v. Rudolf Zorn ⁶1978, 3)

Bei Machiavelli ist Politik „Realbegriff“ geworden, demzufolge es auf Erlangung und Erhaltung von Herrschaft ankommt, unabhängig von moralischen Kriterien. Vergleicht man beide Konzepte und vergrößert sie schlagwortartig, so steht „gute Politik“ (Sternberger) gegen „Herrschaftsmanagement“.

Es ist nun durchaus naheliegend, daß man in einer moralisch fundierten Politik, die auf gutes und gerechtes Leben zielt, Herrschaft durch Gewalt prinzipiell ausschließen möchte. Politik als Prozeß der Entscheidungsfindung zwischen Freien und Gleichen kann andere Mittel als die Sprache eigentlich nicht akzeptieren; in den Worten Sternbergers (1966, 90):

Nehmen wir den griechischen Ursprung des Wesens aller Politik – und Politik kommt ja eben von polis – buchstäblich beim Worte, so enthüllt sich vollends, daß Sprache, nämlich jetzt die Sprache der gemeinsamen öffentlichen Beratung in Rede und Gegenrede, in der Tat ein Kriterium eigentlicher Politik bildet.

Klingt dies nicht zu idealistisch? Natürlich werden auch die Vertreter eines aristotelisch geprägten normativen Politikbegriffs so realistisch sein zu sehen, daß es auf den Staat bezogenes Handeln auch ohne Sprache gibt: dazu gehört Gewaltausübung in jeder Form; aber auch Gewährung und Entzug von Vergünstigungen und Leistungen verschiedenster Art sind nichtsprachliche, sogar nicht-symbolische Mittel sozialer Kontrolle, die zweifellos an der Tagesordnung sind. Nur daß sie eben nach dieser Auffassung das Prädikat ‚politisch‘ nicht von vornherein verdienen. Bestenfalls sind diejenigen nicht-sprachlichen Mittel in der Politik akzeptabel, die immerhin noch symbolisch sind und damit als „Gebärden“ in zugespitzten Situationen nur eine zeitweilige Unterbrechung des Sprechens bedeuten, also eigentlich „sprechende Gebärden“ sind, eine „ultima lingua“, wie Sternberger sie

nennt (1966, 87 ff.). Solche symbolischen Mittel müssen aber – nach Sternberger – drei Bedingungen erfüllen: Unmißverständlichkeit, den Bezug auf eine Rechtsgrundlage und die Ermöglichung der Rückkehr zum Sprechen. Die Tendenz dieser Erweiterung des Politikbegriffs auf nicht-sprachliche, womöglich nicht-symbolische Bereiche ist deutlich. Sofern sprachliches Handeln (in einem bestimmten Sinn) vorausgegangen ist und weiter angestrebt wird, ist „gute Politik“ noch nicht aufgegeben, auch wenn gerade nicht gesprochen, sondern nicht-sprachlich gehandelt wird. Dies gilt nicht nur für den Bereich des zwischenstaatlichen Handelns, wo meist noch keine Rechtsverhältnisse vorliegen, also keine „Verfassungen“, sondern auch für alles innerstaatliche „verfassungsgemäße“ Handeln, das insoweit nicht-sprachlich sein darf, als es sich auf sprachlich hergestellte, also legitime Übereinkunft berufen kann.

Umgekehrt ist nicht jedes sprachliche Handeln schon per se moralisch gerechtfertigt. Keiner ist so naiv zu glauben, daß man mit Sprache niemals unrecht handeln könne (s. Sternberger 1966, Dieckmann ²1975, 29). Entscheidend ist also nicht, daß nur sprachlich gehandelt wird, und die Beschränkung auf sprachliches Handeln allein garantiert noch nicht, daß gut gehandelt wird. Entscheidend ist eigentlich die Legitimität des Handelns; diese beruht allerdings auf sprachlich hergestellter Übereinkunft.

Das Kriterium der Legitimität erweitert den aristotelisch geprägten Politikbegriff also auf nicht-sprachliches Handeln und beschränkt das ‚politische‘ Sprachhandeln auf einen bestimmten Gebrauch von Sprache. Wenn für die Politik ‚Sprachlichkeit‘ gefordert wird, so heißt das eigentlich: eine Haltung, die auf gemeinschaftliche Konfliktregelung ausgerichtet ist, auf die „Regelung des Streits“ (Sternberger), wofür Sprache eben als ausgezeichnetes und unverzichtbares Mittel gilt. Der Politikbegriff bleibt in Wirklichkeit nicht völlig auf sprachliches Handeln beschränkt, wenn auch immer auf dieses bezogen. Sprachliches Handeln macht zwar das „Wesen“ der Politik aus, aber nicht alles nicht-sprachliche Handeln ist schon unpolitisch. Oder zuge-spitzt: nicht alles nicht-sprachliche Handeln ist „sprachlos“.

Betrachten wir nun den zweiten, den „realen“ Traditionsstrang. Unter dem „Realbegriff“ von Politik wird nicht die beste Einrichtung eines Gemeinwesens zum Wohle aller gefaßt, sondern die Erringung und Erhaltung von Macht und Herrschaft. Aber so wenig die idealistische Haltung völlig unrealistisch vertreten wird, so wenig ist die

realistische Auffassung von Politik von vornherein unmoralisch. Der machiavellistische Strang des Politikbegriffs, der Sprache gleichwohl nie als „wesentlich“ für die Politik gesehen hat, sieht die Leistung der Sprache gerade darin, humanere Formen der Herrschaft bereitzustellen. Die sprachliche Ausübung von Politik ist für den Machttechniker zwar kein Kriterium, aber natürlich moralisch besser als Gewaltausübung. Zudem ist sie in vielen Fällen effektiver. Wenn es primär um Herrschaft geht und alle Mittel prinzipiell vertretbar sind, ist Sprache nicht Ausgangselement und friedensstiftendes Medium allen politischen Handelns, sondern nur ein Mittel zum Zweck. Dann allerdings ein sehr wichtiges, weshalb Sprache im Kalkül der Machttechniker einen bedeutenden Raum einnimmt.

Zwei Aspekte sind an diesem Politikbegriff für die Rolle der Sprache bemerkenswert. Kennzeichnend ist zum ersten die Tendenz zur grundsätzlichen Trennung von Sprache und Politik, und zwar als Trennung von Sprache und Handeln. Zum zweiten wird Sprache nicht so sehr als Inbegriff der Kooperation gesehen, sondern eher als Mittel zur Integration bzw. Manipulation.

Politik als ein Bereich, der in erster Linie vom Handeln bestimmt ist, wird prinzipiell geschieden von Sprache, die als „Medium“, als „Handlungsleitsystem“ „subsidiär“ ist. Sprache ist auf den Handlungsbereich hin funktionalisiert, sie ist auf keinen Fall aber Mittel zur Kommunikation als Selbstzweck (Bergsdorf 1983, 26). Hier wirkt die alte, im Alltagswissen gründende und doch falsche Trennung von „Worten“ und „Taten“, von „Reden“ und „Handeln“, die nicht erst von der modernen Sprachphilosophie und Linguistik zurückgewiesen wurde. Daß jeglicher Sprachgebrauch Handeln ist, daß sprachliche Äußerungen als Handlungen nach konventionellen Mustern beschrieben werden können und müssen, ist spätestens seit Wittgensteins Konzept der Sprachspiele und Lebensformen und der ihr folgenden Sprechakttheorie wieder unerläßlicher Bestandteil sprachwissenschaftlicher Theorie und Forschungspraxis geworden, hinter die nicht mehr zurückgegangen werden kann. Gerade auf dem Hintergrund des pragmatischen Paradigmas ist der künstlich errichtete Gegensatz von Sprache und Handeln neu zu interpretieren als Versuch, Sprache im Hinblick auf eine autonom gesetzte Politik zu instrumentalisieren, wobei diese Instrumentalisierung mit der merkwürdig widersprüchlichen Haltung einhergeht, Sprache einerseits aufzuwerten und zu dämonisieren als entscheidenden „Machtfaktor“, andererseits abzuwerten und

zu verharmlosen als bloßes Hilfsmittel, dem im eigentlich relevanten Entscheidungs- und Handlungssektor nur sekundäre, untergeordnete Bedeutung zukommt. Sprache hat nach dieser Auffassung die Bündelung von Interessen zu leisten, hat für Akzeptanz, Integration, Legitimation zu sorgen, während der eigentlich politische Bereich von Sachentscheidungen, notwendigen Maßnahmen und Systemstrukturen bestimmt wird, die irgendwie außersprachlich zu sein scheinen.

Die beiden Haltungen der Aufwertung und der Verharmlosung werden nebeneinander vertreten. In der Opposition, beim Denunzieren gegnerischen Sprachgebrauchs betont man die „Macht des Wortes“. Zur Abwehr von Kritik an eigenen Propaganda- und Persuasionsstrategien verweist man auf die Bedeutung der nicht-sprachlichen Substanz von Politik, die durch die beste Verpackung nicht verändert werden könne: „Worte machen keine Politik“ (Fetscher/Richter 1976). Entsprechend kippt die Bewertung der Sprache in der Politik: einerseits ist Sprache nur subsidiär oder eben die humanere Form der Herrschaft, die Gewalt ersetzt durch kommunikative Prozesse, was bis zur Utopie von Herrschaftsfreiheit reicht; andererseits die besonders verwerfliche, weil subtile, raffinierte Form der Machtausübung, die bis zur totalen gesellschaftlichen Kontrolle gehen kann, bis zur manipulativen „Neusprache“ in Orwells „1984“. Diese Doppelhaltung findet sich – verständlicherweise verteilt auf Freund und Feind – in zahlreichen Beiträgen von unmittelbar Beteiligten, also vor allem in sprachkritischen Beiträgen von Politikern und parteilichen Publizisten; interessant ist in diesem Zusammenhang der Wechsel im Tenor der Sprachkritik bei Machtwechseln auf beiden Seiten: während die Konservativen in der Oppositionsrolle manipulativen Umgang mit Sprache beklagen, in Sammelbänden mit bezeichnenden Titeln bzw. Untertiteln wie „Wörter als Waffen“ (Bergsdorf 1979) oder „Die umfunktionierten Wörter“ (Kaltenbrunner 1975), geht es ihnen nach der Wende mehr um „Schwierigkeiten des politischen Sprechens in der Demokratie“ (Bergsdorf 1985), und sie rechtfertigen „Überspitzung“, „Provokation“ und „Polemik“ (Geißler 1985). Entsprechend wurde von linksliberaler Seite zur Regierungszeit beteuert: „Worte machen keine Politik“ (Fetscher/Richter 1976), während in der Opposition wieder „Die Rückkehr der Mythen in die Sprache der Politik“ (Glötz 1985) beklagt wird. Aber auch wissenschaftliche Arbeiten müssen sich mit der Frage auseinandersetzen, welchen ethischen Stellenwert sie der Sprache in der Politik zuschreiben. Dabei sollte deutlich werden, daß auch verschiedene Auffassungen von Sprache im Spiel sind.

1.1.2. Sprachauffassungen: kommunikative und funktionale

So wenig wie der Politikbegriff kann hier umfassend erläutert oder gar geklärt werden, was ‚Sprache‘ ist. Hier sollen nur zwei Auffassungen typisiert werden, die für die Rolle von Sprache in der Politik von Bedeutung sind. Nach einer gängigen Metapher, die auf Platons Kratylus-Dialog zurückgeht, ist Sprache ein Werkzeug (organon), sowohl zum Denken als auch zur Kommunikation. Sehen wir zunächst von der kognitiven Funktion der Sprache ab und betrachten wir Sprache als Verständigungsmittel, dann ist noch keineswegs eindeutig, wie wir diese „Verständigung“ fassen.

Man könnte wie bei der Politik „ethische“ und „reale“ Auffassungen unterscheiden, die ebenfalls beide eine lange Tradition haben. Hier sei nur an die christliche Version erinnert, für die Augustinus stehen soll mit seinem Plädoyer gegen die Lüge:

Und doch ist die Sprache nicht geschaffen, damit die Menschen sich gegenseitig täuschen, sondern damit der eine dem anderen seine Gedanken vermitteln kann. Die Sprache zur Täuschung zu benutzen und nicht zu dem ihr (von Gott) gesetzten Zweck, ist Sünde. (Enchiridion VII/22)

Aber natürlich ist die Lüge nur eine Form der Täuschung, und dazu die am einfachsten strukturierte, denn sie setzt voraus, daß der Sprecher bewußt etwas anderes sagt als das, was er selbst für wahr hält (s. Arendt 1972, Falkenberg 1982 und 1985; Holly 1989). Eigentlich klappt die Verständigung, nur eben auf einer falschen Grundlage. Komplizierter ist die Sache, wenn der Adressat etwas versteht und auch entsprechend reagiert, aber keine Chance hat, alles zu durchschauen, was vermittelt wurde, weil Relevantes weggelassen wurde oder weil nicht alles verständlich war. Sprache als ein weitgehend automatisiertes System von Handlungsmustern erlaubt nämlich rasche und unauffällige Einflüsse mithilfe konventioneller Bedeutungen, die vom Hörer nicht immer kontrolliert werden. Der Sprecher kann sich so ausdrücken, daß er nicht für alles, was er mit seinen Äußerungen anstrebt, verantwortlich gemacht werden kann.

Nicht immer, wenn wir jemandem etwas mit Erfolg zu verstehen geben, haben wir Sprache in einem ethisch verantwortbaren Sinn als Kommunikationsmittel gebraucht. Man kann Sprache nämlich sowohl „kommunikativ“ als auch „funktional“ einsetzen. Diese Ausdrücke kommen allerdings inzwischen in vielerlei Verwendung vor, so daß

zunächst erläutert werden muß, was hier darunter zu verstehen ist. „Kommunikativ“ soll hier heißen, daß ein Sprecher bei einer Äußerung zugleich beabsichtigt, daß der Adressat die Intention der Äußerung erkennt bzw. erkennen kann. Im Gegensatz zum nur „funktionalen“ Gebrauch bedeutet kommunikativer Gebrauch: man verzichtet darauf, eine Wirkung zu erzielen, deren Verfolgung man vertuscht. Grice (1957, 1969) hat diese Art der Bedeutungsübermittlung durch eine Äußerung expliziert, indem er – zum Zwecke der Klärung des Bedeutungsbegriffs – Ziele formuliert hat, die ein Sprecher S gegenüber einem Hörer H verfolgen muß. Zunächst intendiert der Sprecher mit seiner Äußerung beim Kommunizieren, daß der Hörer die Reaktion r zeigt.

(1) S intendiert, daß H r zeigt.

Dann muß S auch intendieren, daß der Hörer diese Intention erkennt. Damit soll die Offenheit der Kommunikation garantiert sein:

(2) S intendiert, daß H erkennt, daß (1).

Wir betrachten z. B. den Fall, daß S von H gewählt werden möchte und beabsichtigt, daß H dies auch erkennt. Ausgeschlossen werden soll dabei, daß S zwar gewählt werden möchte, aber so tut, als wäre dies anders, weil er sich erhofft, daß sein scheinbares Desinteresse seine Chancen verbessert.⁵ In diesem letzteren Falle könnten wir nicht sagen, daß S seine Intentionen „kommuniziert“. Dennoch handelt er sprachlich, um sein Ziel, gewählt zu werden, zu erreichen, z. B. indem er sein Desinteresse explizit bekundet. Sein Sprachgebrauch ist also nicht „kommunikativ“, auf Verständigung gerichtet, sondern lediglich auf die Funktion, das Erreichen des Ziels hin orientiert.

Natürlich gibt es auch „Kommunikationsbegriffe“, die diese Art des Sprachhandelns einschließen würden. Hier soll aber zum Zweck der Unterscheidung eine Sprachauffassung nur dann „kommunikativ“ genannt werden, wenn sie den Gebrauch von Sprache an der ethischen

⁵ Schließlich muß S intendieren, daß H r aufgrund von (2) zeigt. Damit soll der Fall ausgeschlossen werden, daß jemand eine Reaktion aufgrund einer „natürlichen“ Bedeutung zeigt, da bei dieser Art von Erfolg keine Kommunikation zwischen Menschen vorliegen muß. Beispiel: Zwar hat S die beiden Ziele (1) und (2), also er will gewählt werden und will, daß H dies erkennt, aber er tut nichts dazu, sondern verläßt sich darauf, daß H ihn wählt wegen seiner blauen Augen.

Norm bemißt, daß die Intentionen einer Äußerung prinzipiell offenzulegen sind. Ist das nicht der Fall, liegt nach dieser Sprachauffassung eine Abweichung, ein Mißbrauch vor, oder perversierter Sprachgebrauch – wie es gelegentlich heißt.⁶ Eine Sprachauffassung, die ein solches ethisches Kriterium nicht kennt, soll „funktional“ heißen, da es bei ihr lediglich auf das Bewirken eines Erfolgs ankommt, gleichgültig wie dieser Erfolg zustande kommt.

Auch diese (realistische) Sprachauffassung hat eine lange Tradition. Neben der moralischen Forderung nach Wahrhaftigkeit und Offenheit stand die Einsicht in das Täuschungspotential von Sprache; so heißt es in den Disticha Catonis (IV, 20): „Sermo hominum mores celat et indicat idem.“ (Die Sprache verbirgt und offenbart gleichermaßen den Charakter der Menschen.) Es ist also Vorsicht geboten, denn Sprache kann nicht nur kommunikativ, zum Zweck der Offenlegung von Absichten, sondern auch undurchsichtig, verdeckt, verschleiernd gebraucht werden.

In beiden Fällen wird Sprache zwar als Werkzeug verstanden, aber die Art, wie mit dem Werkzeug umgegangen wird, ist unterschiedlich und hat zweifellos unmittelbare politische Relevanz. Für die kommunikative Sprachauffassung bietet die (potentielle) Offenheit und Transparenz der Kommunikation, deren Gelingen von der Berücksichtigung ethischer Maximen abhängt, schon eine gewisse Gewähr dafür, daß Herrschaft nicht manipulativ ausgeübt wird, sondern auf dem „Konsens“ aller Beteiligten beruht. Entsprechend muß nach dieser Auffassung eine Praxis, die kommunikative Maximen verletzt, kritisiert werden; die manipulativen Techniken müssen offengelegt werden durch Analyse.

Nach der funktionalen Sprachauffassung, die für den Sprachgebrauch keine ethischen Restriktionen kennt, sind die Ziele im Vordergrund, und zwar: Integration, Akzeptanz, Interessenbündelung. Daß die Sprache dazu einen wichtigen Beitrag zu leisten hat, ist ebensowenig umstritten, wie die realistische Einschätzung, daß Persuasion,

⁶ Keller (1977, 16) spricht von systematisch verzerrter Form des Handelns. Zur Unterscheidung von kommunikativem und nicht-kommunikativem Gebrauch s. auch Meggle (1981), Keller (1986). Zu Formen und Möglichkeiten verdeckten Sprachgebrauchs Speier (1980) und Holly (1987) und (1989); zur Unterscheidung von Persuasion und Manipulation Harré (1985); aus kommunikationspsychologischer Sicht z. B. Arens (1973).

Werbung, Beeinflussung, Propaganda auf die verdeckte, unauffällige, nicht einklagbare Verfolgung von Zielen wohl kaum verzichtet, zumal die Sprache dies möglich macht.

1.1.3. Entsprechungen und Widersprüche, Diskussion und Propaganda

Auffällig ist nun, daß es zwischen den beiden Politik- und Sprachauffassungen, die hier gegenübergestellt wurden, zugleich gewisse Entsprechungen und Widersprüche zu geben scheint. Die aristotelische Auffassung von Politik als gute Gestaltung des humanen Zusammenlebens von Freien und Gleichen impliziert eine kommunikative Auffassung von Sprache. Es ist zweifellos eine Voraussetzung für eine ethisch begründete gemeinsame Lebensordnung, daß eine Verständigung darüber überhaupt angestrebt wird.

Wenn also in dieser Sicht Politik „dem Wesen nach“ auf sprachliches Handeln eingeschränkt wird, dann nicht auf irgendeinen Gebrauch von Sprache, sondern auf „die Sprache der gemeinsamen, öffentlichen Beratung in Rede und Gegenrede“ (Sternberger 1966, 90), auf „den stetigen Versuch, den Streit zu regeln“ (Sternberger 1978, 445). Letztlich rekurrieren solche Vorstellungen von Politik durch Sprache auf ein antik oder aufklärerisch geprägtes Modell von „government by discussion“ (Macaulay), von Entscheidungsfindung durch einen Prozeß von vielfältigen sprachlichen Auseinandersetzungen zwischen „rationalisierenden Privatleuten“ (Habermas 1962), die das Publikum, also die Öffentlichkeit bilden. Auf dem Hintergrund dieser „öffentlichen Diskussion“ bilden gewählte Repräsentanten wiederum debattierende Gremien auf verschiedenen Ebenen der staatlichen und gesellschaftlichen Organisation, gewissermaßen als Kristallisationskerne dieser Verständigungsprozesse. Es wird also nicht nur sprachlich gehandelt, sondern miteinander geredet, debattiert, das Ziel ist Verständigung, nicht als Ausdruck gesellschaftlicher Harmonie, aber als „Regelung des Streits“.

Konsequente Anhänger einer rationalen Regelung treiben die anzustrebenden Verfahren bis zum Ideal eines „herrschaftsfreien Diskurses“ (Habermas 1971), der auf Konsens zielt.⁷ Weniger strikte Verfechter

⁷ Es ist darauf hingewiesen worden, daß Habermas eigentlich nicht reale Diskussionen im Auge hat, sondern die „Explikation der Implikation von Intersubjektivität schlechthin“ (Luhmann 1971, 232).

verweisen auf die Legitimität von Interessengebundenheit und von Mehrheitsentscheidungen am „Schluß der Debatte“. Im Rahmen von Parlamentarismuskritik ist die Aussichtslosigkeit solcher Modelle behauptet worden, weil Massengesellschaften durch ihre Quantität, Heterogenität und Anonymität die Qualität der Diskussionsprozesse verändern.⁸ Andere bezweifeln die Leistungsfähigkeit von Diskussionen prinzipiell, die als Verfahren überschätzt würden.⁹ Die ganze Idee von Politik als „institutionalisiertem Gespräch“ (Glaser) wird immer wieder auf ihre Realisierbarkeit hin überprüft werden müssen und darauf, ob sie nicht nur als „Ideologie“ im Sinne von Täuschung und Selbsttäuschung erhalten muß.

Unwiderlegbare Tatsache ist jedenfalls, daß die Realität anders aussieht. Sprache wird in der Politik zum allergrößten Teil nicht „kommunikativ“ gebraucht. Es überwiegen gerade nicht verständigungsorientierte Gespräche, die frei, gleich, rational, unmittelbar usw. ablaufen, sondern in der Regel gilt das Gegenmodell. Die Bedingungen der modernen massenmedial vermittelten Öffentlichkeit führen zu wesentlichen Verzerrungen des Diskussionsideals. Deshalb erwarten sich manche Befürworter der „Politik durch Verständigung“-Idee Heil aus mehr Partizipation der Bürger in kleineren Einheiten, oder aus der Ausschaltung repräsentativer Körperschaften durch plebiszitäre Elemente oder Formen direkter Demokratie. Oder aber sie bauen auf Aufklärung durch eine Sprachkritik, die einen „kommunikativen“ Gebrauch von Sprache einklagt, indem sie politisches Sprachhandeln an ethischen Maximen mißt, wie sie Grice (1975) als immanente Voraussetzungen für Verständigungsprozesse herausgearbeitet hat; sie fordern Kooperation, Wahrheit, Relevanz, Verständlichkeit. Dabei geht es nicht um die Durchsetzung interessegebundener Normen, sondern um Einsicht in die Regelmäßigkeit der Verständigungsprozesse, die zwar nicht ausschließt, daß Abweichungen und Täuschungen kurzfristige Erfolge verbuchen können – auf die Dauer aber nehme die Glaubwürdigkeit Schaden: „Die Verständigung bricht zusammen“ (Heringer 1982a, 28). Aber selbst wenn man die Hoffnung teilt, daß Aufklärung den erwarteten Effekt auslöst, bleibt die Frage, wie eine

⁸ S. dazu Habermas (1962); ähnlich schon Schmitt (1923).

⁹ S. dazu Luhmann (1971).

solche Aufklärung bewerkstelligt werden kann, angesichts der manipulativen Möglichkeiten übermächtiger Medien. Das Problem einer aristotelisch-kommunikativen Kombination von Politik- und Sprachauffassung liegt in den offensichtlichen Schwierigkeiten bei ihrer Realisierung.

Ein Umgang mit Sprache dagegen, der sich mit Effektivität begnügt und wechselseitige Verständigung im Zweifelsfall zurückstellt, der also auch nicht vor manipulativen Techniken zurückschreckt, paßt nahtlos zur machiavellistischen Politikauffassung. Die moderne Version dieser Politikauffassung ist ein technokratisches Modell, das sich auf Sachzwänge beruft, die nur von Eliten erfaßt und gemanagt werden können, wobei der Sprache vor allem die Funktion zukommt, die vorgefaßten Entscheidungen zu verkaufen. Gefragt ist der Werbespezialist, der „große Kommunikator“, der dafür sorgt, daß die Akklamation per Wahlzettel nicht schief geht. Während Eliten politisch handeln müssen, soll die Masse hierfür lediglich Unterstützung leisten. Nicht eine Pyramide von Diskussionsprozessen führt hinauf zur politischen Entscheidung, sondern ein Fächer von Propagandaarbeit sichert nach unten die Unterstützung für eine sonstwie zustande gekommene Entscheidung. Man geht davon aus, daß den Bürgern die Handlungsziele einerseits nicht klar sind, daß sie aber andererseits nicht zu klar werden dürfen, da sie sonst zum Gegenstand eines Meinungsstreites werden, der Akzeptanz gefährdet und Integration verbaut; sie müssen deshalb in einer flexiblen Propagandasprache formuliert werden, so Bergsdorf (1985, 188):

Wer Politik als Aufgabe der Gestaltung und damit auch der Entscheidung versteht, muß damit hinnehmen, daß ein großer Teil der Politik sich mit dem Entwurf von Handlungszielen und den Voraussetzungen ihrer Verwirklichung beschäftigt. Handlungsziele sind nicht evident und für jedermann einsehbar, sondern gründen auf unterschiedlichen Werten. Unter den Funktionsbedingungen moderner politischer Systeme müssen sie jedoch so formuliert sein, daß sie eine möglichst breite Unterstützung erhalten. Die Sprache der politischen Propaganda, in der die Ziele politischen Handelns ausgedrückt werden, muß deshalb so flexibel sein, daß ihre Überredungs- und Überzeugungskraft nicht am Widerstand von Wirklichkeits-Perzeptionen scheitert, die Protagonisten konkurrierender Handlungsziele aufgebaut haben.

War „Diskussion“ der sprachliche Idealtyp einer Politik, die sich als „Regelung des Streits“ zum Wohle aller versteht, dann ist der Sprachtyp der machiavellistischen Politikauffassung ohne Zweifel ‚Propaganda‘. Dabei ist hier mit Propaganda nicht unbedingt der negativ

konnotierte Kampfbegriff gemeint, der meist nur dem Gegner zugeschrieben wird, während man für den eigenen Bereich sanftere Termini wie „politische Werbung“ verwendet (Schütte 1968), – Propaganda soll hier für diejenige Art von WERBEN und LEGITIMIEREN stehen, die ohne Rücksicht auf Verständigungsideale funktional dem Zweck der Machterlangung und -erhaltung untergeordnet wird.¹⁰

Beide Grundtypen, der „kommunikative“ und der „funktionale“, müssen aber auf implizite Idealisierungen hin überprüft werden (s. auch Holly 1987). Habermas (1981 und 1983) hat entlang einer ähnlichen Unterscheidung von „Verständigungsorientierung“ bzw. „Erfolgsorientierung“ im sozialen Handeln gesprochen. Diese Begriffe sollten nicht zu Mißverständnissen führen. Denn auch der Erfolgsorientierte muß in gewissem Maße verständlich werden, ebenso wie der Verständigungsorientierte Erfolg haben will. Gemeint sind wohl eher Einstellungen zum Gebrauch der Sprache, wie sie oben als „kommunikativ“ versus „funktional“ unterschieden sind, und zwar anhand des Kriteriums Offenheit der Intentionen, das Grice sehr präzise in der zweiten Bedingung seiner Definition von „kommunikativem Meinen“ verankert hat: Der Sprecher beabsichtigt, daß der Hörer erkennt, welche Wirkung der Sprecher beim Hörer erzielen möchte (s.o. Abschn. 1.1.2.).

Weiterhin lassen sich zwei Einwände machen, von denen der erste sich gegen die Möglichkeit völlig verdeckten Sprachgebrauchs richtet, der zweite gegen die Möglichkeit völlig offenen Kommunizierens und weiter gegen die Möglichkeit der Verständigung durch Konsens. Zunächst könnte man einwenden, daß ein Hörer kaum etwas verstehen kann, wenn er es nicht zugleich als entsprechende Absicht des Sprechers interpretiert. ‚Verstehen‘ heißt nach dieser Auffassung, einer

¹⁰ Entsprechend Bergsdorf (1979, 64, Anm.18): „Der Begriff ‚Propaganda‘ wird hier trotz seiner negativen Vorbelastung wertneutral verwandt. Gemeint ist nicht die abweichende Politik oder Ideologie, der die eigene als Information oder politische Bildung positiv bewertet gegenübergestellt wird. Gemeint ist hier der Einsatz politischer Symbole, die manipuliert werden, um die öffentliche Meinung zu kontrollieren.“ Zum Begriff der Propaganda s. auch Dieckmann (²1975, 36 ff., 114 ff.); Straßner (1987, 36 ff.) unterscheidet dagegen politische Werbung, Agitation, Propaganda. Abromeit (1985, 792) bemerkt zur Abgrenzung von ‚Propaganda‘ und ‚politischer Werbung‘: „In gewisser Weise erscheint diese Abgrenzung durch Umbenennung selbst als Versuch von Werbung, gehört es doch zu ihren wichtigsten Verfahren, ‚Wirkungen durch die Kunst der Benennung zu erzielen‘ (Römer 1968, 12).“

Äußerung eine Sprecherintention zuzuschreiben. Daneben aber gibt es Möglichkeiten der Bedeutungsübermittlung, ohne daß Intentionen offengelegt werden. Bedeutungen können konventionell an die Verwendung bestimmter Zeichen in bestimmten Situationen geknüpft sein, so daß schon etwas verstanden ist, bevor überhaupt die Intentionen wahrnehmbar ins Spiel kommen. Besonders angesichts der Komplexität auch einfach anmutender Sprachhandlungen muß damit gerechnet werden, daß ein Sprecher nur einen Teil seiner Intentionen offen verfolgt, andere aber „konventionell“ übermittelt, und zwar so unauffällig und gut verpackt, daß er trotz unerkannter Intentionen sein Ziel erreicht. Selbst wenn sorgfältige explizite oder rasche intuitive Analysen alles durchschauen können, in der Realität bleibt Vieles nur halb oder bloß prinzipiell durchschaut: Im Detail fällt der Hörer immer wieder auf die zahllosen und vielfältigen Tricks der subtilen und steten Propaganda herein.

Man könnte zweitens einwenden, daß kaum eine unserer sprachlichen Handlungen dem Ideal „offenen Kommunizierens“ vollständig entspricht. Gewisse Teile dessen, was wir kommunizieren, sind notwendigerweise darauf angewiesen, nebenbei, unauffällig und nicht einklagbar übermittelt zu werden, z. B. die zahllosen routinierten, nuancenreichen Bedeutungskomponenten von Äußerungen, die erst die Voraussetzung für die eigentlichen Inhalte schaffen und sichern: sie betreffen die Herstellung und Aufrechterhaltung eines Kontakts und einer Beziehung (Holly 1979, Sager 1981, Adamzik 1984, Werlen 1984) sowie verschiedenste Aufgaben der Organisation, von der Regelung des Sprecherwechsels über die thematische Steuerung, Gliederung, Sequenzierung bis hin zur Verständnissicherung im engeren Sinne (s. Abschn. 3.3.3.). Es ist einleuchtend, daß jede Kommunikation im Vorfeld stecken bleiben müßte, würde all dies offen und „offiziell“ abgehandelt. So belastet es nicht den reibungslosen Ablauf des eigentlichen Kernbereichs der Kommunikation, bleibt aber im Vagen und kann für allerlei Tricks mißbraucht werden. Es ist zugleich der Schauplatz stilistisches Muster (s. Abschn. 3.3.4.), die nur begrenzt kontrollierbar sind (Franck 1980, 29) und auch nicht aufhebbar (Franck 1979, 333), so daß man vom „Impliziten“ des Stils sprechen kann (Sandig 1986, 131; s. auch Püschel 1982, 1983).

Der Gricesche Idealtyp „offener Kommunikation“ erfaßt also gar nicht alle Teile dessen, was beim Sprachhandeln übermittelt werden

muß. Dennoch kann man aus der Perspektive einer kommunikativen Ethik fordern: Offenheit sollte gerade da Geltung haben, wo es um Relevantes geht, besonders wenn Interessengegensätze vorliegen. So sinnvoll es ist, bei unbedeutenden Anlässen nicht jede Bedeutungskomponente offenlegen zu müssen, so entscheidend ist es, daß in wichtigen Angelegenheiten alle relevanten Sprecherziele deutlich werden können. Manipulation liegt eben nicht schon vor, wenn man aus Höflichkeit oder kommunikativer Ökonomie nicht alles offenlegt; erst im Zusammenhang mit Interessengegensätzen in wichtigen Fragen wird Verdecktheit der Ziele manipulativ. Gerade im Bereich der Politik muß aber damit gerechnet werden, daß es um wichtige und kontroverse Dinge geht, wenn Ziele sprachlich „uneinklagbar“ verfolgt werden.

Am Griceschen Idealbild des Kommunizierens, das auf zweifelsfreien Zuschreibungen von Sprecherintentionen beruht, müssen aber noch stärkere Zweifel angebracht werden, die gerade das Modell der Konsensbildung auf der Grundlage völligen Verstehens unwahrscheinlich machen. Wie etwa die phänomenologische Schule gezeigt hat (z. B. Schütz 1932), basiert Fremdverstehen auf selektiven Konstruktionen schon des Sprechers und dann mehr noch des Hörers, ist also das jederzeit brüchige Ergebnis bloßer wechselseitiger Unterstellungen. Hahn (1989) weist dann darauf hin, daß erst recht echter ‚Konsens‘ (etwa im Habermasschen Sinne) kaum zu erreichen ist, da er eine wohlbegründete Übereinstimmung in moralischen Auffassungen und deren Gültigkeit für gegebene Situationen verlangt. Wie im Alltag, so in der Politik sei Friede deshalb nur unter Verzicht auf Konsens möglich. Dieser Verzicht könne – paradoxe Lösung – zu Formen der „Verständigung auf Zeit“ führen, die zwar nicht innere Zustimmung auf beiden Seiten bedeuten, aber eben eine „Regelung des Streits“. Es ist klar, daß solche „Verständigungen“ nicht in ‚Diskussionen‘ zustandekommen, wo man auf Überzeugung durch pure Argumentation und Persuasion zielt, sondern in ‚Verhandlungen‘ nach dem Muster von Tarif- oder Koalitionsauseinandersetzungen, in denen es im wesentlichen um „Interessenausgleich“ geht. Hier gilt aber: „Alle Einigung basiert auf der Grundlage grundsätzlicher Nicht-Einigkeit.“ (Hahn 1989, 357). Dieser Verzicht auf moralische Übereinstimmung, die Hinnahme dessen, „was moralisch eigentlich nicht tolerierbar ist“ (ebd., 354), wird in der Politik zwar von Zeit zu Zeit eingestanden mit Verweis auf den „Zwang zur Einigung“, auf die Machtlage. Grundsätzlich legitimierbar ist er nicht. Kein Wunder,

daß man – wie im Alltag – an der fiktiven Annahme von Verstehen und Konsens festhält, an Konsens„deklarationen“ und an der Vorspiegelung von Überzeugung durch Diskussion.

So gilt für die aristotelische Auffassung von Politik wie für das Gricesche Modell der Kommunikation, daß sie wenig geeignet sind als eine vollständige Beschreibung dessen, was ist; sie sind aber sehr dafür geeignet, ein Idealbild abzugeben, an dem sich nicht nur naive Vorstellungen, sondern auch erzieherische, kritische, sogar ideologisch-manipulative Bemühungen selbst orientieren, letztere, indem sie aristotelisch-kommunikative Elemente als Fassadenstücke verwenden. Problematisch ist jedenfalls immer das Ausmaß der Realisierbarkeit dieser Modelle. Umgekehrt scheint eine machiavellistische Sicht von Politik ebenso wie eine funktionale Betrachtung von Sprache recht gut zur Beschreibung dessen geeignet, was tatsächlich geschieht, ist aber immer auf Kollisionskurs mit elementaren ethischen Prinzipien. Manipulation und Machtmißbrauch, beides mögliche, wenn auch nicht notwendige Ingredienzien dieser realistischen Sichtweise, sind in modernen westlichen Gesellschaften einfach nicht zu legitimieren.

Als Fazit läßt sich festhalten: Es ist richtig, daß – wie Heringer (1982b, 100) meint – es bei Maximen des Kommunizierens nicht nur um austauschbare, interessengebundene Normen geht, sondern um immanente ethische Prinzipien, ohne die Verständigung auf Dauer nicht funktioniert, und Ähnliches ließe sich für das „gute“ Zusammenleben sagen. Dagegen steht eine Geschichte voller Manipulation und Machtmißbrauch. Obwohl vielleicht in der „Natur“ des Menschen und der Sprache begründet, sind ethische Prinzipien im Gebrauch der Sprache und im Zusammenleben der Menschen für die Beschreibung zunächst nicht mehr als nur Kontrastfolien.

1.1.4. Erweiterungen und Totalisierungen: Panlinguismus und Panpolitismus

Bisher habe ich versucht, den Stellenwert der Sprache für die Politik zu bestimmen, indem ich von der Rolle der Sprache für die Kommunikation ausgegangen bin, daß nämlich Sprache ein Verständigungswerkzeug bzw. eine Herrschaftswaffe ist und – je nach Politikauffassung – entsprechend verwendet werden kann. Aber Sprache ist zweifellos mehr.

Sprache ist Mittel zum Denken, das unsere Wahrnehmungen und Anschauungen vorformt und prägt.¹¹ Wie hoch auch immer man den sprachlich geprägten Anteil unserer kognitiven Fähigkeiten und Raster einschätzt, wir können uns eine sprachlose Weltsicht nur schwer vorstellen.

Wenn schon unsere grundlegenden Möglichkeiten, die Welt zu „sehen“, sprachlich bestimmt sind, durch sprachliche Begriffe und sprachliche Strukturen, dann ist klar, daß erst recht die ungleich komplexeren politischen Einstellungen unmittelbar und mittelbar sprachlich bestimmt sind. Der kognitive Aspekt von Sprache erweitert also auch ihre politische Relevanz. Nicht erst sprachliche Kommunikationsformen wie Diskussion und Propaganda sind politisch relevant, sondern schon die bloße Existenz der elementarsten semantischen Bausteine und Formen von Sprache: Prädikatoren, Referenzmittel, Konnektoren usw. sowie die Möglichkeiten, sie zu kombinieren; außerdem wirkt dabei die für die Sprache fundamentale Dichotomie von Ausdruck und Inhalt mit ihren variablen Möglichkeiten der Bedeutungsübermittlung; darüber hinaus müssen semantische Relationen und Felder, also sprachliche Strukturen auf allen Ebenen vom Laut bis zum Text berücksichtigt werden (s. z. B. den „Aspektkatalog“ bei Good 1985, 19 – 46, verschiedene Ansätze bei Bachem 1979 oder Burkhardt 1988). Kurz: alles, was an Sprache beschrieben werden kann, kann – vermittelt durch seine Bedeutung für unsere Weltsicht – politisch wirksam sein.

Die zentrale Rolle der Sprache beim Denken und sozialen Handeln führt allerdings leicht zu übersteigerten Totalisierungen. Da ist einerseits die Überschätzung der Sprache in einer Art „Panlinguismus“ (Betz 1963, 464). Die Vorstellung, daß wir alles ausschließlich durch die Sprachbrille wahrnehmen und entsprechend gesteuert „funktionieren“, läßt aber wohl die Rolle von Wahrnehmung der Realität, Instinkten, Gefühlen, Intuitionen, also den ganzen Bereich aus, der anders als sozial-kulturell gesteuert unser Verhalten beeinflußt; dazu kommt, daß man auch mit nicht-sprachlichen, bildlich verschlüsselten Begriffen operieren kann.

¹¹ S. vor allem die sogenannte „Sapir-Whorf-Hypothese“, in deren Zusammenhang auch die Frage des Primats der Sprache diskutiert worden ist, wo man heute eher wechselseitige Beziehungen zwischen Sprache und Denken annimmt. Auch auf Humboldts Idee von der „Weltansicht“ der Sprachen oder auf Weisgerbers „Inhaltsbezogene Grammatik“ wäre hier zu verweisen.

Wenn aber umgekehrt nichts außerhalb der Sprache ist, ist auch Politik nur sprachlich. Von da ist es nicht weit zum sprachmagischen oder sprachfetischistischen Mythos von der „Macht des Wortes“, mit dem Manipulation und Propaganda eine übermächtige, geradezu dämonische Dimension erhalten. Zugleich wird die Sprache dabei gerne hypostasiert zu einem vermeintlich Handelnden (dazu v. Polenz 1982, 78), so daß Werner Betz die kritische Gegenfrage formulieren konnte: „Nicht der Sprecher, die Sprache lügt?“ (Betz 1963).

Während Sprachwissenschaftler heute eher auf die komplexen gesellschaftlichen Verhältnisse verweisen, in die der Gebrauch von Sprache eingebettet ist, und damit ein dialektisches Verhältnis von sprachlichen und nicht-sprachlichen Gegebenheiten und Handlungen annehmen, sind sich die Politiker auffällig einig in einer hohen Einschätzung der Bedeutung von Sprache (s. Dieckmann 1985, 246 f.), für die sie zahlreiche Zitiergeößen als Belege bemühen: von Aristoteles (Geißler 1985, 222: „Allemaal gilt, daß wer Begriffe und Gedanken bestimmt, Macht über die Menschen hat. Denn nicht die Taten sind es, die die Menschen bewegen, sondern die Worte über die Taten.“) bis Schelsky („Wer die Sprache beherrscht, beherrscht auch die Menschen.“ Schelsky 1975, 176 ff. Glotz 1985, 232 zitiert Biedenkopf 1982, der wiederum Schelsky paraphrasiert); auch auf Konfuzius¹² und Nietzsche¹³ läßt sich verweisen. Dahinter steht nicht nur eine ungesicherte Beurteilung der Rolle und Effektivität von Propaganda (s. Dieckmann ²1975, 114 ff.), sondern auch ein unzulässiger Alleinvertretungsanspruch auf die Bedeutung von Begriffen, die „besetzt“¹⁴, „mißbraucht“, „entwendet“, „verdreht“ werden, natürlich zunächst besonders vom politischen Gegner, als ob wir nicht alle verschiedene Gebrauchsweisen von Ausdrücken nutzen, wenn es unseren kommunikativen Zielen dient. Überprüft werden müssen also die Bedeutungstheorien und Vorstellungen von Sprachwandel, die hinter solchen Auffassungen stehen.

¹² „Wenn die Begriffe nicht richtig sind, so stimmen die Worte nicht; stimmen die Worte nicht, so kommen die Werke nicht zustande; kommen die Werke nicht zustande, so gedeiht Moral und Kunst nicht; gedeiht Moral und Kunst nicht, so treffen die Strafen nicht; treffen die Strafen nicht, so weiß das Volk nicht, wohin Hand und Fuß setzen.“ (zit. n. Heringer 1982a, 24).

¹³ Gemeint ist Nietzsches Prophezeiung, daß Machthaber künftig der sein werde, „der neue Sprachregelungen verbindlich durchzusetzen verstehe“. (zit. n. Deubzer 1980, 23)

¹⁴ Dazu Klein (1989) und andere Beiträge auf der Düsseldorfer Tagung 1989 der AG „Sprache in der Politik“; s. Holly (1990).

Gerade die Einsicht in die Sprachabhängigkeit unserer „Wirklichkeit“ müßte eigentlich die These von der Beherrschung durch Sprache fragwürdig machen, wenn man nur die sprachlichen Verhältnisse richtig sähe. Dramatisch wird die „Macht des Wortes“ nämlich erst im Zusammenhang höchst widersprüchlicher Annahmen über ‚Bedeutung‘ und über die Dynamik der Sprache. Kurz gefaßt: Obwohl doch die Wirklichkeit erst sprachlich immer wieder neu konstituiert wird, sieht man sie als etwas Vorgegebenes, das nun ein für alle Male mit dem richtigen Ausdruck bezeichnet werden muß, der umgekehrt nur die eine wahre Bedeutung hat. Reste einer primitiven Vorstellung von Ding-Wort-Identität oder einer einfachen Abbild-Funktion tauchen in den Überlegungen der Sprachfetischisten gelegentlich auf wie Gespenster. Die Bedeutungsvielfalt aller sprachlichen Ausdrücke, ihre Vagheit, ihre Flexibilität, die Bezeichnungsvielfalt, der stilistische Variantenreichtum, der Sprachwandel, die syntaktischen Alternativen, die Wortbildungsmöglichkeiten, die „innere Mehrsprachigkeit“ durch Varietäten – das sind nur einige Stichwörter, die ein Licht auf die tatsächlichen sprachlichen Verhältnisse werfen: sie stehen den verschiedensten Wirklichkeiten und Aspekten von Wirklichkeiten offen, deren Schaffung von den jeweiligen Interessen gesteuert ist und nicht von starren, monolithischen, jedenfalls ordentlichen Sprachstrukturen. Sie sind vielleicht in vorpluralistischen Gesellschaften mit geschlossenen Weltbildern für Teile gesellschaftlicher Lebensbereiche denkbar gewesen. Man weiß allerdings bei manchen Verfechtern der Abbildtheorie nicht, ob unverrückbare Sprachstrukturen mehr gefürchtet oder gewünscht werden. Im positiven Fall sieht man ein sprachliches Ordnungssystem, wie es den eigenen Wünschen und Interessen entspricht, z. B. als „gutes, korrektes Deutsch“. Im negativen Fall erscheint die Sprache als ein Gefängnis, aus dem es kein Entrinnen gibt. Typische Begleiterscheinungen dieser Auffassung sind „Sprachskepsis“ und „Sprachkrise“ – man denke an Hofmannsthal, Mauthner, den frühen Wittgenstein; sie sind typische Vertreter gewisser antibildungsbürgerlich geprägter Strömungen der Jahrhundertwende, deren Ausläufer noch heute zu finden sind (s. dazu Deubzer 1980, 28; v. Polenz 1978, 156 ff. und 1983); ihre Klagen lassen sich auch deuten als sensible Abgesänge auf die traditionale Gesellschaft mit ihren relativ „statischen“ und geordneten Strukturen. Daneben fördert diese Auffassung eine Art von Sprachkritik, die streckenweise nicht frei von elitärem Dünkel ist und historisch als Reaktion auf die verspätete Demokratisierung in

Deutschland gesehen werden kann (so Maas 1984, 223 f.). Auch Mauthner – selbst ein radikaler Kämpfer für Egalität in der Sprache – sieht als Ausweg aus der Krise nur eine wenig realistische „Befreiung von der Sprache“, während heute die Rückbesinnung auf die reflexive Kraft der Sprache, auf alternative Möglichkeiten, auf Spielraum beim sprachlichen Handeln zu „neuem Vertrauen“ (Heringer 1982a, 32) bei sprachkritischen Bemühungen führt; aber selbst hier geistern panlinguistische Ideen, wenn Heringer von der Sprache emphatisch meint: „Schließlich ist sie unser ein und alles.“ (ebd.).

Auch mit aufklärerischem Optimismus kann man nicht übersehen, daß es immer Bestrebungen gegeben hat, den wildwüchsigen Reichtum der Sprache mit ihrer grundsätzlich egalitären und pluralistischen Anlage zu beschneiden. Der Mythos gilt in Wirklichkeit nur für den Mächtigen, ist also vom Kopf auf die Füße zu stellen: „Das Wort hat Macht. Die Macht hat das Wort.“ (Theodor Gehrke, zit. nach Straßner 1987, VII).¹⁵ Sprachlenkung, Monosemierung, Einwegkommunikation, normative Sprachkritik sind deshalb keine zufälligen Begleiter von Propaganda und Manipulation. Die schärfste Waffe ist aber sicherlich die generelle Unterdrückung des öffentlichen Diskurses. Politik wird dann – nach einer Definition von Paul Valéry – zur „Kunst, die Leute daran zu hindern, sich mit dem zu beschäftigen, was sie angeht“ (zit. n. Schwarzenberg 1980, 327 f.). Die Propagandarbeit im Dritten Reich liefert uns Beispiele für dieses Vorgehen. Nicht so sehr in der raffiniert-niederträchtigen Manipulation der gewissermaßen „blöden“ Masse durch die Nazi-Unmenschen sieht deshalb Maas (1984) die Rolle der Sprache im Nationalsozialismus, sondern zuallererst in der „physisch unterbundene[n] Möglichkeit zur intellektuellen Durchdringung“ (205), der „intellektuellen Kastration des öffentlichen Diskurses“ (207). Nicht Indoktrination, sondern Entpolitisierung ist für ihn das kennzeichnende Element (zumindest der Zeit bis 1938):

Im von „der Politik“ abgeordneten Alltag brauchte der Faschismus dann gar nicht vorzukommen – in konsequent zuende geführter Zerfällung der gesellschaftlichen Praxis unter dem Schein einer demonstrativen Identität von Politik und Alltagsdenken / gesundem Menschenverstand. (207)

¹⁵ Heringer (1982, 20) zitiert für diesen Zusammenhang Lewis Carroll (Alice hinter den Spiegeln, 1974, 88): „Es fragt sich nur“, sagte Alice, „ob man Wörter einfach etwas anderes heißen lassen kann.“ „Es fragt sich nur“, sagte Goggel-moggel, „wer der Stärkere ist, weiter nichts.“ (S. auch Deubzer 1980, 23).

Unter den Bedingungen der totalitären Kontrolle scheint Propaganda zur vollen Wirkung kommen zu können, wie in Orwells „1984“ ausgemalt wird (dazu Dieckmann ²1975, 119). Ob aber auf längere Sicht totale propagandistische Arbeit noch eine Überredung ihrer Adressaten bewirkt, kann bezweifelt werden. Ihre eigentliche Aufgabe scheint zu sein, Macht so brutal zu demonstrieren, daß jedem gezeigt wird, wie weit die Herrschenden auf Verständigung und Akzeptanz verzichten können. Ansonsten geht es bei Propaganda jeder Art um das geschickte Ausnutzen gewisser „Prädispositionen“ bei den Adressaten (Dieckmann ²1975, 119).¹⁶ Dies kann auch ohne brutale Eingriffe mit den subtilen Methoden moderner Werbung erfolgreich sein (s. Abromeit 1972, Radunski 1980). Vor dem Schreckbild totalitärer Propaganda „wird [...] leicht übersehen, wie stark die gesellschaftliche Kontrolle des Verhaltens und die gesellschaftliche Kontrolle der Sprache auch in den westlichen Demokratien ist.“ (Dieckmann ²1975, 119).

Instanzen sprachlicher Machtausübung sind in erster Linie die Massenmedien, deren normierender Einfluß nicht nur positiv auf die Entstehung und Verbreitung einer Gemeinsprache, sondern auch negativ gesehen werden muß: man denke an die Ausblendung abweichender Deutungen durch unauffällige, oft sogar unbewußte Sprachregelungen („Schere im Kopf“). Noch bedenklicher ist vielleicht, daß der Anteil von Einwegkommunikation in der Öffentlichkeit durch den Medienausbau immer mehr zunimmt, mit allen Folgen für die Beschneidung des Meinungsspektrums, für Oberflächlichkeit, für vorgestanzte Meinungen, unterbliebene oder nur inszenierte Auseinandersetzung, Benachteiligung von Laien usw.

Zu nennen sind auch die Bürokratien mit ihren spezifischen Kriterien des reibungslosen Funktionierens, ganz zu schweigen von direkten politischen Sprachlenkungsversuchen, die bei uns zwar selten, aber dann nur schwer begründbar sind, wie etwa im Fall „DDR“ oder BRD (s. Berschin 1978). Zahllos sind aber die Situationen, in denen

¹⁶ Maas (1984, 207): „Faktisch aber kolludierten so die Ohne-mich-Haltung der Unterschichten wie auch von Teilen des Bürgertums, das Lagerdenken der Arbeiterbewegung, die Interessen des Großkapitals an optimalen Verwertungsbedingungen, die Interessen an Aufrüstung und Expansion bei der militärisch-feudalen Offizierschique – und die faschistische Intelligenz, die (wie etwa in ihrem vielleicht brilliantesten Exponenten Carl Schmitt) in der daraus resultierenden Freisetzung des *totalen Staates* gegenüber allen seine Effizienz hemmenden demokratischen Faktoren den Gipfel der Vernunft in der Geschichte feierte.“

durch institutionelle Arrangements Laien auf Experten treffen und so de facto Macht sprachlich ausgeübt wird, indem Handlungsspielräume durch fachsprachliche Barrieren eingeschränkt werden.

Obwohl die Sprache also nicht in einem machtfreien Raum gebraucht wird, ist sie doch prinzipiell „egalitär“ (Heringer 1982b, 99). Alle Einschränkungen, Vorschriften, Normen, die nicht der Verständigung dienen, gehen am Ziel des sprachlichen Lebens letztlich vorbei. Das gilt sogar für sprachkritische Argumentationen, man müsse bestimmte Ausdrücke vermeiden, z. B. weil sie euphemistisch, verharmlosend oder sonstwie irreführend seien, wie z. B. *Preiskorrektur*, *Nachrüstung*, *Entsorgungspark*, *Lohnpause* oder *Krieg*, also „unwahre Wörter“, wie Gauger (1986) solche Ausdrücke nennt (s. auch die Diskussion in Gessinger 1986, 183 – 192).

Man mag mit Gauger darin übereinstimmen, daß die Bedeutungen von Wörtern wie *Waffe* und *Krieg* sich teilweise gewandelt haben, und man kann andere Ausdrücke zur Verdeutlichung dieses Wandels vorschlagen. Dennoch bleiben Fragen zu stellen: ist es nicht bei den meisten Wörtern so, daß sich ihre Bedeutungen ändern? Was hat ein ‚Parlament‘ heute mit einem ‚Parlament‘ von früher zu tun, was eine ‚Diskussion‘ im Fernsehen mit einer ‚Diskussion‘ im Lesezirkel des 18. Jahrhunderts? Ab wann müssen wir umbenennen? Und wie wäre dann Bedeutungswandel, von dem Gauger natürlich weiß, möglich, wenn man vorher die Ausdrücke wechselte? Weil unsere Vorstellungen bei diesen Wörtern noch die alten seien, sei dieser Wechsel notwendig. Woher weiß man etwas über die Vorstellungen der Sprachteilhaber? Und wenn dem so ist – muß man dann nicht die Vorstellungen verändern, zumal es ja immer Leute geben wird, die gezielt oder arglos die alten, „harmlosen“ Ausdrücke gebrauchen. Unterschätzt hier nicht ein Linguist die Flexibilität der Benutzer? Und überschätzt er nicht die Möglichkeiten des Eingreifens? Im übrigen: zumindest seine Leser haben sich jetzt vergegenwärtigt, was *Krieg* heute heißen kann, und damit ist das Ziel eigentlich schon erreicht, auch ohne neuen Ausdruck.

In anderen Fällen, nehmen wir *Pazifismus*, ist nicht einmal Konsens über gewandelte Verhältnisse da; während Gauger *Pazifismus* traditionell nur im Kontrast zu (wenn auch widerwilliger) Kriegsbereitschaft gelten lassen will, sei heute gar niemand da, der Krieg für legitim halte. Unsere „offizielle Politik“ kann dies nicht gelten lassen: Diese Logik würde die Strategie der Abschreckung und erst recht Konzepte wie das der „flexible response“ augenblicklich ad absurdum führen,

und wir wären zwar im neuen Pazifismus vereint, der dann nicht mehr so heißen dürfte, aber doch jeder Drohung schutzlos ausgeliefert.

Was sich in solchen Diskussionen zeigt, ist, daß jeder Versuch, Bedeutungen festzunageln, entweder die Dynamik der Sprache und der Sprachteilhaber unterschätzt oder sofort auf sachliche Meinungsunterschiede führt. Damit diese ausgetragen werden können, brauchen wir auch die Möglichkeit, dasselbe verschieden zu deuten und zu benennen. Was nützt es, wenn ein Politiker zwar wie andere von *Folter* spricht, aber eigentlich denkt, die Leute seien nur *unfein behandelt* worden – und es verschweigt. Sprachkritik, auch wenn sie sich selbst nicht für normativ hält, ist auf der Grundlage der Abbildtheorie zum Scheitern verurteilt. Sie betrifft im übrigen meistens sachliche Differenzen, die über Sprachregelungen gar nicht behoben werden können; schlimmstenfalls werden sie nur verwischt. Sprachkritik kann Auseinandersetzungen also nicht überflüssig machen.

Umgekehrt: solange die Möglichkeit bleibt, den andern Sprachgebrauch zu verstehen, zu tolerieren, ebenso wie den eigenen kritisch zu reflektieren, Gegensätze offen und gleichberechtigt auszutragen, braucht es weder eine Einheitssprache, noch muß man die „Macht des Wortes“ fürchten, eben weil viele Worte da sind und zur Geltung kommen. Sprachkritik kann also sinnvollerweise nur einen Beitrag zur Analyse von Texten, von Kommunikationssituationen leisten, um so die Voraussetzungen für Verständigung zu sichern. Dies ist keine leichte Aufgabe, zumal man nicht davon ausgehen kann, daß alle ein Interesse daran haben, daß alle alles verstehen.

Ist aus der Sicht des „Panlinguismus“ Politik von Sprache völlig dominiert und damit Sprache überschätzt und überfordert, so gilt andererseits, daß die Totalisierung des Politikbegriffs die Relevanz des Politischen überfrachtet und ins Allgemeine auflöst, wenn auch eher plausibel ist, daß Sprache als etwas Soziales politisch determiniert ist, als daß umgekehrt Politik völlig mit Sprache aufgehen könne. Aus einem panpolitischen Blickwinkel ist für Sprache „das Merkmal des Politischen bereits konstitutiv“ (Januschek 1985, 3). Politik betrifft nicht nur einen Teil sprachlicher Verhältnisse und sprachlicher Handlungen; auch Phonemsysteme und Syntaxregeln beispielsweise sind Ausdruck und Bestimmungsfaktoren gesellschaftlicher und damit politischer Verhältnisse. Nicht nur, weil gesellschaftliche Erfahrungen in der Sprache gewissermaßen gespeichert sind und weil die Austauschprozesse, die gesellschaftliches Leben erst ausmachen, ohne Sprache

nicht denkbar sind, ist Sprache politisch. Da alle menschliche Tätigkeit im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Erfahrungen steht, sei es daß sie sich auf diese stützt, sei es daß sie diese hervorbringt, ist natürlich auch die Sprache als menschliche Tätigkeit politisch.

Zugespitzt: wenn alles Menschliche politisch ist, dann natürlich auch die Sprache. Ein solcher „Panpolitismus“ verwischt allerdings leicht den Blick auf spezifische, konkrete und aufschlußreiche Fragen nach dem Zusammenhang von Sprache und Politik. Es ist sicherlich legitim, alle sprachlichen Phänomene auf ihre politische Bedeutung hin abzuklopfen, und auch syntaktische Erscheinungen wie z. B. Nominalisierungen können politische Implikationen haben: von der Entwicklung der Massenpresse bis zur propagandistischen Verwendung von Leerformeln reichen da die Zusammenhänge. Aber es erschiene doch überzogen, etwa die Entwicklung von Lautgesetzmäßigkeiten in erster Linie politisch deuten zu wollen. Wie überhaupt die begriffliche Totalisierung des Politischen als Ausdehnung auf alle Bereiche des menschlichen Lebens nur wenig weiterhilft. Auch wenn der Mensch als „zoon politikon“ gesehen werden muß, gibt es doch neben der „res publica“ noch eine „res intima“, neben dem Politischen das Private.¹⁷ Und selbst im gesellschaftlichen Bereich gibt es mehr oder weniger „politische“ Erscheinungen. Klatsch und Begrüßungsrituale sind sicher wichtige Faktoren in der Organisation gesellschaftlichen Zusammenlebens und insofern politisch.¹⁸ Dennoch sehen wir im Zentrum des Politischen immer noch das auf den Staat bezogene Handeln und die wesentlichen Ordnungsleistungen im Zusammenleben größerer Gruppen.

Es muß aber andererseits gewarnt werden vor einer Reduzierung des Politischen nur auf das „politische System“ und seine Institutionen. Nicht nur die Marxsche Theorie hat sichtbar gemacht, wie „politisch“,

¹⁷ D. h. nicht, daß die Organisation des „privaten“ Bereichs, etwa die Familie, etwas rein Individuelles sein könne. Die Familie ist, ob als „Keimzelle des Staates“ oder als „spätkapitalistische Kleinfamilie“ eine gesellschaftliche Institution. Entsprechend gehört sie zu den Formen, die im Lichte der These von der fortschreitenden staatlichen Durchdringung der Gesellschaft, sogar als „Staatsapparate“ gefaßt werden müssen, so z. B. Maas (1984, 198), wobei dieser Staatsbegriff allerdings nicht den „politischen Staat“ (Marx) meine, sondern die Summe der wirklichen sozialen Beziehungen.

¹⁸ Zu ‚Klatsch‘ s. neuerdings Bergmann (1987).

d. h. bedeutsam für das Zusammenleben der Menschen die Organisation der Wirtschaft und der kulturelle „Überbau“ einer Gesellschaft sind. Die zielstrebige Entpolitisierung der Massen durch „Brot und Spiele“ ist von der Antike bis zur Konsum- und Pop-Kultur unserer Zeit eine politische Leistung. Nur Teilbereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens unterliegen manifesten „politischen“ Regelungen, sind in staatlichen Institutionen organisiert. Aber niemand würde die „Privatwirtschaft“, die „private“ Presse, die „öffentlich-rechtlichen“ (nicht staatlichen) Medien für etwas halten, dem keine politische Bedeutung zukommt. Ähnlich sind die Ideologien nicht nur oder nicht einmal mehr primär in den expliziten Aussagen politischer Texte zu suchen, sondern in Organisationsformen und Strukturen, die dem bewußten Zugriff oder der individuellen Kontrolle weitgehend entzogen sind. Diese Auffassung vertritt Maas (1984, 195) in seiner Untersuchung zur Sprache des Nationalsozialismus, wobei er sich an die „Theorie der ideologischen Staatsapparate“ von Althusser (1977) anlehnt:

Ideologien sind nicht zu reduzieren auf verbal Expliziertes oder die im Verbalen artikulierten Vorstellungen, sondern sind zu fassen als Organisationsformen der Praxis, in denen das Verhältnis der Subjekte zu der von ihnen eingegangenen gesellschaftlichen Praxis artikuliert wird – was sehr wohl in Praktiken jenseits des Bewußtseins zementiert sein kann und gerade auch die verbalen Praktiken auf in diesem Sinne ‚stumme‘ Rituale reduzieren kann.¹⁹

Politisch-ideologisch ist also nicht nur, was explizit als solches ausgewiesen oder zumindest leicht identifizierbar ist. So hat etwa Luhmann (³1978) die legitimierende Leistung von „Verfahren“ (der Rechtsprechung, der Gesetzgebung, Verwaltung) beschrieben. Politische Sprachkritik sollte deshalb, statt sich im „Kampf um Wörter“ zu verstricken, auch auf die subtileren Sprachmittel, auf kommunikative und manipulative Handlungsmuster und Verfahren achten (dazu Abschn. 2.3. und 3.2.), die oft mehr und raffiniertere politische Brisanz enthalten als die offensichtlicheren Inhalte politischer Begriffe.

In der Politikwissenschaft ist die Beschränkung auf einen eindimensionalen Politikbegriff längst überwunden (s. z. B. Rohe 1986). Es herrscht weitgehend Konsens darüber, daß man – je nach Untersuchungsziel – verschiedene Begriffe von Politik unterscheiden muß (s.

¹⁹ S. auch Dieckmann (1988).

z. B. auch Sutor 1979, 44 ff.), da ein allgemeiner, möglichst weiter Begriff, der für übergeordnete Gesichtspunkte notwendig ist, für empirische Fragestellungen nicht konkret genug ist. Aber gerade der Zusammenhang von Politik und Sprache sträubt sich gegen Verkürzungen; auch sprachliche Muster, die „unpolitisch“ aussehen, können in bestimmten Kontexten politische Relevanz erhalten.

Zum Abschluß dieser grundsätzlichen Überlegungen zum Zusammenhang von Sprache und Politik möchte ich noch einmal darauf hinweisen, daß die Verbindung beider Felder unmittelbar auf ethische Fragen führt: die Legitimierung von Herrschaft im Raum der Sprache und die Gefährdung von Verständigung im politischen Raum sind Aspekte dieses Zusammenhangs, die nicht „wertfrei“ behandelt werden können. Sie begründen eine lange Tradition politischer Sprachkritik, die aber häufig widersprüchlich und nicht immer sprachwissenschaftlich fundiert vorgegangen ist.

Es gibt dagegen – dies sollte deutlich werden – eine sprachkritische Position, die sich damit begnügen kann, eine „kommunikative“ Auffassung von Sprache zu vertreten, ohne daß über die Bestimmung von Sprache als Verständigungsmittel hinaus weitere normative Gesichtspunkte in die Betrachtung einfließen müssen. Insofern ist diese Position auch nicht mit der vorschnellen Bewertung politischen Sprachgebrauchs verknüpft, weil sie sich auch selbstkritisch auf die verstehende Interpretation politischen Sprachgebrauchs beschränken kann.

Eine sprachwissenschaftliche Arbeit wie die vorliegende muß nicht einmal den „kommunikativen“ Gebrauch von Sprache einklagen, sondern lediglich versuchen, ihre Interpretationen von Texten plausibel zu machen, um Muster des Sprachgebrauchs zu verdeutlichen. Deren Bewertung läßt sich zwar kaum vermeiden, gehört aber nicht mehr zur wissenschaftlichen Beschreibung.

1.2. Differenzierungen: Sprache in der Politik

Grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis von Sprache und Politik, wie sie vor allem in sprach- und ideologiekritischer Perspektive angestellt werden, berücksichtigen meist nur einen Typ von Sprachverwendung in nur einem Bereich von Politik – etwa die „Sprache der

Bürokratie“ oder die Propagandasprache²⁰; für jegliche empirische Untersuchung braucht man aber eine differenziertere Anschauung des Gegenstandes. Sprache kann nämlich in der Politik vielerlei sein, wie Typologien sprachlichen Handelns in der Politik zeigen, die ich in diesem Abschnitt behandeln möchte (s. auch die Übersicht). An diesen Typologien ist zunächst zweierlei interessant: welches Bild geben sie von der Sprache in der Politik, d. h. was erfassen sie, und wie teilen sie es ein? Zum zweiten: welchen methodologischen Status haben die Kategorien überhaupt? Da die erste Frage von der zweiten abhängig ist, möchte ich mit der zweiten Frage nach dem methodologischen Status beginnen.

Auf politikwissenschaftlicher Seite (z. B. Edelman 1964) geht man bei der Unterscheidung von „Formen“ der politischen Sprache scheinbar von der institutionellen Gliederung aus, nach der klassischen Theorie der Gewaltenteilung,²¹ von „Feldern der politischen Sprache“ (Bergsdorf 1983), aber es handelt sich, so die sprachwissenschaftlichen und soziologischen Formulierungen, eigentlich um „Sprachstile“ (Dieckmann ²1975), um unterschiedliche „Funktionen“ von Sprache (Segerstedt 1947), um „Sprachspiele im Raum des Politischen“ (Grünert 1984, 1978), um „kommunikative Verfahren“ (Dieckmann 1981, Strauß 1986). Im Hintergrund stehen also Karl Bühlers Theorie der Sprachfunktionen (Bühler 1934), die Lehre der Funktionalstile, die in der Prager Schule entwickelt wurde, oder der Begriff des „Sprachspiels“ von Ludwig Wittgenstein, um nur einige der grundlegenden Konzepte zu nennen, die Sprache nicht primär als virtuelles System von lautlichen, lexikalischen und grammatischen Strukturen sehen, sondern „pragmatisch“ als Werkzeug zum Handeln, als Handeln in sozialen Situationen, wie es seit der „pragmatischen Wende“ Ende der 60er Jahre in der Sprachwissenschaft üblich geworden ist. Dieser elementare pragmatische Aspekt von Sprache und damit verknüpfte

²⁰ Anders dagegen z. B. Sternberger (1966), der ausdrücklich nicht nur an rhetorische Gattungen erinnert, sondern auch ‚Verhandlungssprache‘ und ‚Beratungssprache‘ unterscheidet.

²¹ Dieckmann (²1975, 87f.) weist aber darauf hin, daß schon Edelman von der Sprache, nicht von Institutionen ausgeht, und gerade anhand der Sprachformen, die er vorfindet, die Lehre von den getrennten Funktionen der Institutionen kritisiert. S. auch Dieckmann (1981, 262.) – Nicht mehr berücksichtigen konnte ich Tillmann (1989), der eine Taxonomisierung von Textsorten politischer Sprache versucht.